Kommunale Initiative beschließt Wahlprogramm

Auf einer erneut gut besuchten Veranstaltung hat die KI am vergangenen Donnerstag ihr Kommunalwahlprogramm verabschiedet. Unter Leitung von Wolfgang Helm diskutierten Kandidatinnen und Kandidaten sowie Unterstützer intensiv über den von Stadtrat Büttner vorgestellten Entwurf. In zahlreichen Redebeiträgen wurde das Für und Wider der einzelnen Vorschläge erörtert. So werden die Restriktionen gegen Jugendliche sehr kritisch gesehen. Lebendige Kultur in der Stadt dürfe nicht zu Tode reglementiert werden. Ein Alkoholverbot ab 22.00 Uhr in der gesamten Innenstadt wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Besser als Strafen und Verbote, so Andreas Schubring, seien eine integrative Jugendarbeit und die Einstellung von mehr Sozialarbeitern.

Ein weiterer Schwerpunkt der KI ist die Verkehrspolitik. Zur Reduzierung des Individualverkehrs wird auf einen massiven Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs gesetzt, sei es durch Einführung der fahrscheinlosen Busnutzung oder durch die Schienenanbindung nach Großostheim. Im Herzen der Stadt, so Stadtrat Stefan Link, müssen Fußgänger und Radfahrer Vorrang haben. Ziel sei die Vermeidung von Durchgangsverkehr in der Innenstadt. Der autobahnähnliche Ausbau der Darmstädter Straße wird einmütig abgelehnt, gleiches gilt für das geplante Gewerbegebiet zwischen Schönbusch und Großostheimer Wald.

Im sozialen Bereich wird die gesamte bzw. teilweise Übernahme der Gebühren für das erste und zweite Kindergartenjahr angestrebt. Eine klare Absage erteilte die Versammlung an Dumpinglöhne und fordert Tarif- oder Mindestlöhne bei öffentlichen Aufträgen. Die Nutzung des Kulturpasses soll für alle finanziell benachteiligten Menschen ermöglicht werden, auch wenn sie nicht die Anforderungen von Hartz IV erfüllen.

Auf deutliche Kritik stieß die Aufweichung des Denkmalschutzes und die Art und Weise wie in Aschaffenburg mit dem historischen Erbe und dem Ortsbild umgegangen wird. Der Zustand des Mainufers unterhalb des Schlosses sei eine Schande, hier sei eine bürgerfreundliche und autofreie Gestaltung überfällig. Grundsätzlich müsse die Stadtplanung und Stadtentwicklung transparenter gestaltet werden, dazu bedürfe es mehr Möglichkeiten einer aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Wie schon im Dezember bei der Beschlussfassung über ein Kurzwahlprogramm wurde trotz mancher unterschiedlicher Auffassungen schließlich das Kommunalwahlprogramm der KI einmütig abgesegnet.